

## II

Der Vorsitzende des Staatsrates, Walter Ulbricht, und Präsident Josip Broz Tito tauschten ihre Meinungen über die internationale Situation aus und stellten Übereinstimmung der Standpunkte zu den wichtigsten internationalen Problemen fest.

Beide Seiten stimmten überein, daß die internationale Situation auch weiterhin infolge der Fortsetzung der Gewaltanwendung und der Ausübung von Druck in den internationalen Beziehungen besorgniserregend ist. Eine besondere Gefahr sehen sie in der Politik der Einmischung ausländischer imperialistischer Kräfte in die inneren Angelegenheiten unabhängiger Länder, besonders Asiens und Afrikas. Sie hoben hervor, daß solch ein äußerer Druck die volle ökonomische und politische Emanzipation der Entwicklungsländer verlangsamt und verhindert, ihre ökonomische und gesellschaftliche Entwicklung erschwert und eine der Hauptursachen von Konflikten in der Welt darstellt.

Der Vorsitzende des Staatsrates, Walter Ulbricht, und der Präsident, Josip Broz Tito, stimmten in der Notwendigkeit überein, neue Anstrengungen für eine noch breitere und aktivere Zusammenarbeit der sozialistischen, der nichtpaktgebundenen und aller friedliebenden Länder als wichtige Voraussetzung für die Sicherung des Friedens zu unternehmen, um der jetzigen ungünstigen Entwicklung Einhalt zu gebieten, die Träger der imperialistischen Politik der Verschärfung und der Gewaltanwendung zu bändigen, um dem Kampf der Völker für ökonomische und nationale Emanzipation und für die Herstellung einer internationalen Zusammenarbeit auf gleichberechtigter Grundlage eine wirksame Unterstützung zu gewähren. Sie betonten erneut, daß die Politik der friedlichen Koexistenz die Grundlage für die Herstellung solcher Beziehungen darstellt.

Ausgehend von der Einschätzung des Krieges in Vietnam, die in der gemeinsamen Erklärung des vergangenen Jahres enthalten ist, sind beide Seiten der Meinung, daß die zunehmende bewaffnete Intervention der Vereinigten Staaten von Amerika in Südvietnam und die immer intensiveren aggressiven Aktionen gegen die Demokratische Republik Vietnam drohen, zur Ausweitung des Krieges in Südostasien zu führen und den Weltfrieden zu gefährden. Den gerechten Kampf des vietnamesischen Volkes voll unterstützend, fordern sie die Einstellung der Bombardierung der Demokratischen Republik Vietnam und beto-